



Wir alle werden älter -

**Potenzielle Bürgerschaftliche
Mitwirkung im Gemeinwesen**

Dokumentation
der Fachveranstaltung
am 18. September 2007

Impressum

Herausgeber:
Kreis Offenbach
Leitstelle Älterwerden
Werner-Hilpert-Straße 1
Telefon 06074/8180-5324
E-Mail g.wehner@kreis-offenbach.de

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,

der demografische Wandel findet auch im Kreis Offenbach statt. Im Jahre 2020 werden von insgesamt etwa 345.000 Bürgerinnen und Bürgern, ca. 100.000 über 60 Jahre alt sein. Die Gruppe der Älteren wird als einzige Bevölkerungsgruppe wachsen. Aber nicht nur die Bevölkerungsanteile nach Altersgruppen verändern sich, auch die Familien- und Lebensstrukturen unterliegen einer sich fortsetzenden Veränderung. So wird es immer mehr Menschen mit Migrationshintergrund geben. Auch die Zahl der Alleinlebenden und Patchwork-Familien wird weiterhin zunehmen.

Schon heute ist deutlich, dass der demografische Wandel nicht zu bewältigen ist, wenn in der kommunalen und sozialen Arbeit für ältere Menschen nur der Versorgungsaspekt im Blickfeld ist. Es ist wichtig, dass es ein brauchbares Altenhilfesystem gibt, aber genauso bedeutend ist es, den älteren Menschen zu ermöglichen, für sich selbst zu sorgen, sich mit ihren Fähigkeiten und Möglichkeiten ins Gemeinwesen einzubringen und sich für die eigenen Angelegenheiten einzusetzen.

Am 18. September 2007 fand die Fachveranstaltung *„Wir alle werden älter - Potenziale Bürgerschaftlicher Mitwirkung im Gemeinwesen“* statt. Zwei Experten beleuchteten aus unterschiedlichen und dennoch ineinander greifenden Blickwinkeln das Thema.

Herr Dr. Kleinemas hat die Leitbilder des Alters, wie sie im fünften Altenbericht der Bundesregierung beschrieben sind, erläutert und die Chancen ihrer Umsetzbarkeit in den Kommunen betrachtet.

Herr Prof. Dr. Grymer ist auf die Bedeutung der Mitwirkung von älteren Bürgerinnen und Bürgern im Gemeinwesen eingegangen und hat ausgeführt, wie man dieses ermöglichen und unterstützen kann.

Bürgerbeteiligung ist für den Kreis Offenbach kein völlig neues Terrain, wir haben auf diesem Gebiet bereits Erfahrung gesammelt und verschiedene Projekte Bürgerschaftlichen Engagements durchgeführt. So fanden in vier Kommunen im Kreis Offenbach OWO-Workshops statt, eine in den Niederlanden entstandene Methode, die der Klärung und Umsetzung von Wohnwünschen dient.

„Bürgerbeteiligung im Gemeinwesen„ wird ein wesentliches Thema für die Zukunft sein und bedarf einer ständigen Weiterentwicklung. Das Engagement, das wir heute für die Neustrukturierung für das Leben im Alter investieren, wird auch für die künftigen Generationen von Nutzen sein.

Ich danke der Leitstelle Älterwerden für die Organisation, Moderation und Dokumentation dieser Fachveranstaltung. Den beiden Wissenschaftlern danke ich für die hervorragenden Beiträge, die für die Arbeit im Kreis Offenbach zukunftsweisend sein werden.



Carsten Müller
Kreisbeigeordneter

Leitbilder des Alterns im fünften Altenbericht der Bundesregierung – Herausforderungen und Perspektiven für den Kreis Offenbach und seine Kommunen

Dr. Uwe Kleinemas

Im Mittelpunkt dieses Beitrages stehen Leitbilder des Alterns, wie sie im fünften Altenbericht der Bundesregierung skizziert sind und ihre Bedeutung für die Herausforderungen und Perspektiven, mit denen sich der Kreis Offenbach in der Zukunft konfrontiert sehen wird.

Doch wozu soll man die Leitbilder des fünften Altenberichts nutzen? Zunächst steckt darin eine Handlungsorientierung, die hilfreich für die Beantwortung zentraler Fragen wie der folgenden sein kann: wie kann ich Potenziale, die Fähigkeiten und Fertigkeiten von Älteren, die in meiner Kommune vorhanden sind, aktivieren? Wie kann ich erreichen, dass die Beiträge aus den Leitbildern zum Gemeinwohl, Gemeinwesen und zum Zusammenleben von Generationen beitragen können?

Möglicherweise bieten mir diese Leitbilder erste Hilfen und Ansätze für eine Kultur, die es den Älteren erst ermöglicht, sich stärker einzubringen, als das zurzeit geschieht. Allerdings stoßen wir dabei auf das Problem einer „Übersetzungslücke“. Nicht nur weil die Sprache, die wir in dem Altenbericht finden, manchmal nicht eins zu eins für Praktiker formuliert ist und einfach zu verstehen ist, sondern weil die Empfehlungen oft sehr allgemein formuliert sind und weil die demografischen Voraussetzungen sehr unterschiedlich sein können. Denn es gibt Kreise, denen die demografische Entwicklung zu einer auffälligen Schrumpfung der Bevölkerung führt. Im Kreis Offenbach haben wir dagegen ein kommunales Gebilde, in dem diese Tendenz nicht so stark zu finden ist.

Was sind nun Potenziale des Alters, was verbirgt sich hinter diesem Begriff? Ganz allgemein kann man Potenziale als noch „nicht genutzte Möglichkeiten“ beschreiben. Vor Jahren gab es Zeitungsinserte, in denen stand, dass wir nur 40 % unserer Intelligenz nutzen. Viele waren neugierig zu erfahren, wie sie die restlichen 60 % nutzen können. Hinter den Anzeigen stand eine Sekte, die ihren Mitgliedern Zugang zu Methoden versprach, mit denen man angeblich jene restlichen Prozente ebenfalls nutzen könnte. Dieses Beispiel macht deutlich, dass Potenzial das ist, was wir noch nicht ausschöpfen. Es sind jene Fähigkeiten und Fertigkeiten, über die wir noch verfügen. Aus einer individuellen Perspektive betrachtet, aus der Perspektive des Einzelnen, sind das Reserven und Ressourcen, die mir helfen können, mein Leben so zu gestalten, wie ich es mir vorstelle. Dazu gehören zum Beispiel Gesundheit, Lernfähigkeit, Wissen, Interesse oder Zeit.

Man kann diese Frage der Potenziale des Alterns aber auch aus einer gesellschaftlichen und kommunalen Perspektive betrachten. Auf der einen Seite gibt es das Angewiesensein auf Leistungen der Solidargemeinschaft, andererseits gibt es die Fähigkeit, einen Beitrag zum Allgemeinwohl zu leisten und dem Gemeinwesen etwas zurück zu geben. Ziel ist, dass möglichst viele Ältere möglichst lange selbständig und mitverantwortlich Teil des Gemeinwesens sind. „Mitverantwortlich sein“ heißt, die Dinge, die in einer Kommune passieren, verantwortlich in die Hand zu nehmen.

Für Kommunen ergibt sich daraus die Herausforderung, „Straßen“ zu bauen, auf denen Ältere tatsächlich selbständig und mitverantwortlich sein können. Kommunen müssen die Infrastruktur für individuelle Teilhabe schaffen. Sie können sich in diesem Kontext Fragen vorlegen wie die folgenden: Was haben wir in den vergangenen Jahren getan, um einen solchen lokalen Rahmen für individuelle Teilhabe zu gestalten? Was bleibt uns noch zu tun? Darüber hinaus müssen Kommunen erkennen, dass man die Menschen motivieren muss, an Teilen des Gemeinwesens mitverantwortlich mitzuwirken. Was also haben die Älteren davon, wenn sie mitmischen, ihre Potenziale einbringen? Wir müssen also als Kommune den Leuten sagen, warum sie überhaupt mitmischen, mitverantwortlich und selbständig sein sollen.

Eng verknüpft mit der Nutzung von Potenzialen sind jene Altersbilder, die in einer Gesellschaft vorherrschen. Es gibt die alte Defizitperspektive, die besagt, dass Alter generell von einer Abnahme der Leistungs-, Lern- und Anpassungsfähigkeit geprägt ist. Die Übernahme dieses Bildes bedeutet, dass Menschen nicht erkennen können, welche Möglichkeiten sie noch haben oder entwickeln können. Aber auch durch ein positiv überzeichnetes, überdynamisiertes Altersbild ist der Einzelne nicht selten überfordert. Er kommt dann zu der Einschätzung: „Damit habe ich nichts zu tun, ich bin anders. Diese Welt ist nicht mehr meine.“ Unsere Aufgabe muss folglich sein, differenzierte Altersbilder zu kommunizieren, in die Öffentlichkeit zu tragen, allen mitzuteilen, dass das Alter sowohl Licht als auch Schatten mit sich bringt. Was also ist im Kreis Offenbach das Altersbild, das wir öffentlich erkennbar machen möchten? Wissen die Bürgerinnen und Bürger, welches Altersbild oder welches Bild vom Alter die Kommunen dort haben? Ist beispielsweise bekannt, welche Vorstellungen hier in diesem Gemeinwesen über das Bild des Alterns bestehen?

„Wir können auf die Beiträge der Älteren nicht verzichten!“ – dieser Satz ist in der Öffentlichkeit häufiger zu hören. Doch was ist es, was in diesem Kreis, in den Kommunen besonders stark an Kompetenz und Potenzial ausgeprägt ist? In diesem Zusammenhang werden auch Aspekte des demografischen Wandels bedeutsam. Wir erleben jetzt und in Zukunft noch stärker eine deutliche Alterung der Gesamtgesellschaft, einen Anteil von Personen im erwerbsfähigen Alter, der immer mehr nach unten geht und eine Geburtenrate, die drastisch sinkt. Einige Soziologen sprechen auch von „Entjungung“ der Gesellschaft. Das Hauptproblem des demografischen Ungleichgewichtes geht ja nicht darauf zurück, dass wir alle glücklicherweise immer leistungsfähiger und natürlich auch älter werden, sondern dass von unten nicht so richtig etwas „nachkommt“. Schon aus diesem Grund werden die Potenziale der Älteren für die Erfüllung gesellschaftlicher Aufgaben immer bedeutsamer.

Wie schon angesprochen gibt es bei diesen häufig sehr allgemein betrachteten Dingen des demografischen Wandels große regionale Unterschiede in der Geburtenhäufigkeit und Zuwanderung. Bleiben wir hier im Kreis Offenbach, in dem wir eine relativ große Zuwanderungsrate haben. Mir sind auch demografische Daten bekannt, nach denen hier die Geburtenhäufigkeit höher ist. Schon aus diesem Grund kann man die Erkenntnisse des Altenberichts nicht eins zu eins übertragen. Im vergangenen Jahr sagte ein Vertreter des Hessischen Landtages auf einer Veranstaltung: „Wir müssen und wir werden den demografischen Trend umkehren.“ Das war ein starkes Wort und die Beschreibung einer sehr schwierigen Aufgabe und Herausforderung, für deren Bewältigung eine Berücksichtigung regionaler Unterschiede zentral ist. Dies bedeutet für die Kommunen, dass man sich im Kontext von Konsequenzen des demografischen Wandels vornehmlich an detaillierten demografischen Prognosen für „kleine Räume“ zu orientieren hat. Es geht

auch darum, abgeleitet aus derartigen demografischen Trends Konzepte zu erarbeiten, wie auf diese Trends konkret vor Ort zu reagieren wäre. Wenn wir etwa feststellen, wir haben hier viele Kinder, die im Kreis Offenbach geboren werden, dann muss Familienpolitik ganz andere Akzente setzen, als sie das vielleicht in einem Gefüge tun würde, wo wir vielleicht weniger Geburten haben.

Mit anderen Worten, wir haben eine Situation, in der Alt und Jung im kommunalen Raum sehr häufig aufeinander treffen. Da spielt das Miteinander der Generationen eine ganz andere Rolle als in kommunalen Gefügen, in denen 75 % der Leute über achtzig sind.

Diese Erwägungen führen uns direkt zu der Übersetzungsproblematik von Leitbildern des Alterns. Das erste Leitbild, das im Altenbericht enthalten ist, beschreibt mitverantwortliches Leben und Solidarität. Dieses Leitbild sagt aus, dass diejenigen, die in die Phase des höheren Alters eintreten oder verrentet sind, die Verpflichtung haben, durch eine selbstverantwortliche Lebensführung ihre Potenziale auszubilden und für sich und andere zu nutzen. Diese Beschreibung von Lebensaufgaben im höheren Erwachsenenalter steht in deutlichem Gegensatz zu den Vorstellungen früherer Zeiten. Da gab es Zeiten im Leben, in denen gearbeitet wurde, Wissen erworben und vielleicht auch etwas Geld gespart wurde. Auf dieser Basis konnte man dann seinen „verdienten Ruhestand“ genießen. Dieses Bild wurde über Jahrzehnte auch in der politischen Öffentlichkeit kultiviert. Doch inzwischen hat der Begriff des Ruhestandes viel von seiner ursprünglichen Bedeutung verloren. Heute dominiert die „Verpflichtung“, auch nach der Verrentung weiter sein Wissen zu erweitern und der Gesellschaft weiter etwas zurückzugeben. Diese politische Maxime kann man inzwischen auf vielen Feldern, in denen Altenpolitik gemacht wird, wieder entdecken.

Und welche Konsequenzen lassen sich hieraus kommunal ableiten? Wenn ich von jemandem verlange, dass er der Gesellschaft etwas zurückgeben muss, sich weiter fortbilden muss und seine Potenziale entwickeln muss, muss ich ihm eine Plattform geben, auf der dieses Potenzial auch eingebracht werden kann. Das ist der Aspekt, den viele als zynisch empfunden haben, als es um die Erhöhung der Altersgrenze für die Verrentung ging. Es reicht eben nicht aus, das fortgesetzte Engagement für die Gesellschaft einzufordern, sondern es muss auch dann die Infrastruktur und die Plattform für die Verwirklichung von Potenzialen bereitgestellt werden. Und in diesem Sinne erhält auch der Gedanke der Solidarität eine besondere Bedeutung. Der Effekt von Solidarität, dass nämlich die „Bedürftigen“ etwas bekommen und die „Vermögenden“ in jeglichem Sinne in der Arbeitswelt zu geben haben, aber auch im Bürgerschaftlichen Engagement, das ist eigentlich ein Ziel, das nach wie vor aktuell ist.

Kommunen könnten vor diesem Hintergrund Ältere ganz gezielt als mitverantwortlich Handelnde ansprechen. Eine besondere Herausforderung für die Politik ist das Problem der Glaubwürdigkeit. Solidarität ist ja eigentlich etwas, was auch eine Chance hat, umgesetzt zu werden. Wie glaubwürdig appellieren die Kommunen im Kreis Offenbach an Solidarität zwischen denen die „vermögend“ sind und denen die „bedürftig“ sind? Dabei geht es um die öffentliche Anerkennung von Leistungen und Potenzialen der Älteren, und es geht darum, sich Gedanken zu machen, was Formen dieser Anerkennung sind. Das beinhaltet auch Fragen an diejenigen, von denen gewünscht wird, dass sie ihre Potenziale einbringen. Es sind Fragen danach, worauf diese Menschen Wert legen und nicht zuletzt, was zeitgemäße Formen der öffentlichen Anerkennung sind. Zeitgemäß in einem guten Sinne bedeutet tatsächliche Mitverantwortung; es bedeutet auch, dass man Leuten, die ehrenamtlich tätig sind, Möglichkeiten der Weiterbildung eröffnet. Es gibt in diesem Kreis des Bürgerschaftlichen Engagements oft diesen Gegensatz, manchmal auch Konflikt mit

den Hauptamtlichen. Diese fürchten nicht selten, durch Abgabe von Verantwortung an Bedeutung zu verlieren. Sie möchten dann alte Strukturen verteidigen und die bürgerschaftlich Engagierten gar nicht an den „Küchentisch“ lassen. Zwischen diesen Konfliktfeldern zu vermitteln und zu einer ausgewogenen Verteilung von Verantwortung zu kommen ist eine große Aufgabe, die die Kommune hier leisten kann. Es geht letztlich darum, realistische Plattformen für die Mitgestaltung bereit zu stellen.

Im zweiten Leitbild, mit dem sich der Altenbericht der Bundesregierung beschäftigt, wird gefordert, das Alter als Innovativmotor zu stärken. Wenn wir mit Vertretern der Industrie- und Handelskammern oder des Bundesverbandes der Deutschen Industrie sprechen, erfahren wir, dass dieser Satz, nach dem der Wohlstand auf lange Sicht nur auf Basis Älterer erhalten werden kann, eine große Herausforderung ist. Wenn ich nicht beizeiten die innovativen und die kreativen Fähigkeiten der Älteren erkenne und fördere – und dieses kann ich auf verschiedene Weise tun - dann werden mir diese verloren gehen. Wenn ich nicht die Gelegenheit einer Übergabe dieses Erfahrungswissens ergreife und dafür Plattformen schaffe, dann wird mir dieses verloren gehen. Das heißt aber nicht nur, dass sich das in der Arbeitswelt wieder spiegelt, sondern wenn wir über gesellschaftliche Produktivität reden, dann heißt das, dass die viel stärker, als es heute noch der Fall ist, aus dem Bürgerschaftlichen Engagement gespeist werden wird. Das ist eine ganz starke Erkenntnis, dass wir auch diese Wissensbildung und nicht zuletzt die Zeitpotenziale stärker nutzen müssen. Diese Erkenntnis haben wir bereits heute, es gibt viele empirisch wissenschaftliche Untersuchungen dazu, die es immer deutlicher zeigen. Gerade die Zeitpotenziale Älterer spielen eine ganz große Rolle. Was bedeutet das für die Kommune? Wenn ich über Bürgerschaftliches Engagement rede, müssen sich Angebote besonders in dem Bereich des anspruchsvollen Engagements eröffnen. Wir haben einen Bereich des Bürgerschaftlichen Engagements, in dem es ein hohes Maß an eigenverantwortlichem Handeln gibt, in dem es auch die Möglichkeit der Fort- und Weiterbildung gibt, in dem Ältere ihre Kreativität und ihre Potenziale voll einbringen können. Doch solche Plätze sind noch rar gesät. In Zukunft kommt es deswegen für die Kommunen ganz besonders darauf an, Angebote zu schaffen, in denen die so genannten „High Potentials“, die zu den Zeiten, in denen sie noch nicht im Ruhestand waren und noch Leistungsträger waren, auch ein Betätigungsfeld finden.

Das dritte Leitbild, um das es mir geht, ist jenes der Nachhaltigkeit und Generationensolidarität. Über den Begriff der Solidarität habe ich schon gesprochen. Es gibt ein ganz wichtiges Prinzip, dass die Förderung und die Umsetzung der Potenziale der Älteren nicht auf Kosten anderer Generationen gehen soll. Dies ist nämlich ein Zielkonflikt. Wenn wir die Arbeitswelt betrachten, die manchmal bei den Maßnahmen, die man jetzt schon in die Wege geleitet hat, hervortritt, gibt es in der Politik Menschen die sagen: „Wir wollen die Arbeit Älterer subventionieren“. Dies führt dann aber dazu, dass vielleicht ein paar mehr von den Älteren einen Arbeitsplatz bekommen, aber dieser Arbeitsplatz doppelt sich nicht automatisch, sondern diesen Arbeitsplatz, den bekommen dann andere aus der jüngeren Generation nicht. Es ist eben nur ein Kuchen da, ein immer kleiner werdender Kuchen der Arbeitsplätze, der zwischen immer mehr Menschen, die von diesem Kuchen essen wollen, aufgeteilt werden muss. Wenn ich also gegen dieses Prinzip verstoße, dass die Förderung der Älteren nicht zu Lasten der Jüngeren gehen darf, dann wird das auf die Dauer in sozialer Unruhe münden. Es wird zu erheblichen Spannungen zwischen diesen Konkurrenten um das gleiche „Stück Kuchen“ kommen.

Kann man die Potenziale des Alters, also auch für nachfolgende Generationen nutzen? Das ist eine Idee oder eine Frage, die besonders in einem kommunalen Gefüge von Belang ist wie dem Kreis Offenbach, in dem wir recht viele Geburten, recht viele Jüngere haben, aber eben auch sehr viele Ältere. Politik für die Älteren hat eine ganze Menge mit Familienpolitik und mit Kindern zu tun. Welche Aufgaben in dieser Hinsicht kann die Kommune übernehmen? Was gibt es eigentlich hier schon an generationsübergreifenden Kontakten und Initiativen? All das, was ich anfangs über die Entwicklung von Infrastruktur gesagt habe, dies spielt hier auch eine ganz entscheidende Rolle.

Im vierten Leitbild ist nun vom lebenslangen Lernen die Rede. Wir haben eine Reihe von Forschungsergebnissen, die uns sagen, dass wir einen unglaublich hohen Bildungsstand und eine hohe Bildungsnähe der heutigen Alten in Deutschland haben. So gebildet und bildungsnah wie die Älteren heute sind, so werden sie nie wieder sein. Es ist deutlich zu sehen, dass diese Bildungsfähigkeit und Bildungswilligkeit abnehmen. Wir wissen weiterhin, dass in unserer Informations- und Mediengesellschaft die Wissenssysteme immer schneller veralten. Wenn ich denke, in einem früheren Lebensabschnitt habe ich mich gebildet und jetzt ruhe ich mich auf den Lorbeeren aus, mit diesem Wissen komme ich allemal zurecht, ist diese Vorstellung nicht mehr zeitgemäß. Kultiviert man diese Vorstellung, führt sie dazu, dass man irgendwann dasteht und sagen muss, ja das ist nicht mehr meine Welt, hier finde ich mich eigentlich nicht mehr zurecht. Damit man auch weiterhin teilhaben kann, mit dabei sein kann und seine Potenziale einbringen kann, muss man am Ball bleiben. Man muss, wie ein altes Bild sagt, weiterrudern, sonst wird das Boot abgetrieben – und damit ist die Entkoppelung von der Gesellschaft gemeint. Wenn man sich mit Leuten unterhält, die das Gefühl haben, sie gehören nicht mehr dazu, dann stellt man fest, dass sie irgendwann aufgehört haben, dazu zu lernen. Sie sagen, der Lebensabschnitt, in dem man lernt, ist für sie abgeschlossen.

Gerade in der Kommune kann man ja die Themen und Angebote wie lebenslanges Lernen, Kindererziehung und das Pflegen miteinander verknüpfen. Angebote, die eine deutliche Antwort auf die Frage „Wofür ein lebenslanges Lernen?“ geben. Lebenslang lernen bedeutet ja nicht etwa, mit 65 Jahren altägyptisch zu lernen, weil altägyptisch eine so interessante Sprache ist. Sondern es ist zu fragen: inwieweit führt altägyptisch dazu, dass ich in meinen unmittelbaren Lebenszusammenhängen besser eingegliedert bin, dass ich mich mit den Menschen um mich herum besser verstehe, dass ich an den Aufgaben und Herausforderungen teilhaben kann, dass ich meine Belastungen besser bewältigen kann? Was gäbe es für andere Inhalte des lebenslangen Lernens, die ich auch tatsächlich in meinem Alltag gebrauchen kann? Lokale Angebote, die Antworten auf diese und ähnliche Fragen geben können, wären in besonderer Weise auch geeignet, die Menschen zum Mitmachen zu motivieren.

Und damit sind wir bei dem fünften Leitbild, jenem der Prävention. Gesundheit ist häufig erst der Schlüssel zur Selbständigkeit und Mitverantwortung. Es macht keinen Spaß, unselbständig zu sein und es ist auch nicht lustig, wenn einem die Leute überall Türen aufmachen und Plätze im Bus anbieten, auf die man sich sonst nie setzen würde. Man möchte selbständig sein und man möchte mitgestalten und mitverantworten. Die dazu erforderliche körperliche und geistige Leistungsfähigkeit kann man durch Trainings- und Bildungsangebote bis ins hohe Alter beeinflussen. Das ist ein Aspekt, den wir auch hier unter dem Gesichtspunkt der Prävention immer herausstreichen sollten. Und damit sind wir beim Thema „Gesundheitsfördernde Maßnahmen“. Es gibt auf kommunaler Ebene schon eine Vielzahl von Aktivitäten in Richtung gesundheitsfördernder Maßnahmen, die teilweise auch durch Krankenkassen mitgetragen werden. Doch bewegen sich diese

Aktivitäten häufig auf einer sehr allgemeinen Ebene. So wird etwa propagiert, mit dem Rauchen aufzuhören oder mehr Sport zu treiben. Der zweite Teil der Botschaft fehlt in der Regel. „Warum soll ich das denn tun?“ Inwieweit führt - von der gesellschaftlichen Ebene des Gemeinwesens aus betrachtet – gesundheitsbewusstes Verhalten auch dazu, gesellschaftlich produktiv zu werden? Mit dem Angebot gesundheitsfördernder Maßnahmen muss daher die Frage „Warum soll ich es eigentlich tun?“ mitbeantwortet werden. Ebenso haben sich Vorstellungen gewandelt, in welchem Maße die Gesundheit im Alter beeinflussbar ist. In früheren Zeiten dominierte hier oftmals das schicksalhafte Element. Die Menschen dachten: „Wie gesund ich bin, ist vorherbestimmt, da kann man gar nichts machen“. Heute dagegen wissen wir: in erheblichem Ausmaß ist Gesundheit im Alter kein Schicksal, sondern kann mitgestaltet werden. Und es sind gerade diese Fragen des „Warum?“ und des „Wie?“, die für den Erfolg von Kampagnen der gesundheitlichen Aufklärung eine Schlüsselrolle spielen. Gibt man hier die richtigen Antworten, ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass eben nicht über die Köpfe der Menschen hinweg aufwändige Kampagnen gestartet werden.

Fünf Leitbilder sind angesprochen worden, die für die Kommunen umfangreiche Aufgaben und Herausforderungen bedeuten. Doch wo sollen sie beginnen? Eine erste Antwort auf diese Frage hat mit Prioritäten zu tun, denn in allen Handlungsfeldern gleichzeitig Akzente zu setzen, würde kommunale Ressourcen sicherlich überfordern. Es ist deshalb zuerst zu klären, in welchen Handlungsfeldern die dringendsten Bedarfe bestehen. Daneben geht es darum, Menschen zu finden, die auf diesem Weg behilflich sein können, also lokale Verbündete in der Wirtschaft oder der Politik, die mit Herzblut und Ressourcen die Arbeit unterstützen. Und schließlich ist es entscheidend, die Öffentlichkeitsarbeit zu einem wirklich wirkungsvollen Instrument zu machen. Lassen Sie es mich an einem gegenteiligen Beispiel erläutern: Da gibt es eine Hochglanzbroschüre, die für die Arbeit einer Seniorenberatungsstelle wirbt. Wo finden Sie diese Hochglanzbroschüre? In der Seniorenberatungsstelle. Das heißt, die Broschüre, die dafür sorgen soll, dass da jemand hinkommt, die liegt da, wo noch niemand hingekommen ist. Dieses Beispiel ist natürlich extrem, aber es zeigt eine Art von Öffentlichkeitsarbeit, die an ihren Zielen vorbeigeht. Öffentlichkeitsarbeit muss also verändert und ihre Wirkung genau beobachtet werden.

Um angesichts der kommenden Herausforderungen zu bestehen, kommt es also für die Kommunen darauf an, Prioritäten zu setzen, sich auf ein Ziel zu konzentrieren und die zur Verfügung stehenden Ressourcen zu bündeln. Dabei können die Leitbilder des Alters aus dem fünften Altenbericht – und jene Gedanken, die ich Ihnen heute als Übersetzungsversuch angeboten habe – eine Anregung und Orientierungshilfe sein.

„Wir alle werden älter – Potenziale bürgerschaftlicher Mitwirkung im Gemeinwesen“ ... aber wie? Über Chancen und Bedingungen der Mitwirkung älterer Menschen im lokalen Gemeinwesen - Seniorinnen, Senioren und Probleme – einmal anders gesehen.

**Prof. Dr. Herbert Grymer
Bergische Universität Wuppertal**

Unsere Gesellschaft hat jede Menge Probleme, die sie nicht löst, aus unterschiedlichen Gründen: manche weil sie nicht so einfach zu lösen sind, manche, weil niemand sie wirklich lösen will, manche, weil wichtige Interessen dagegen stehen. Traditionell sind Seniorinnen und Senioren keine gesellschaftliche Gruppe, die besonders gut organisierbar wäre und die ihre Interessen besonders gut durchsetzen könnte.

Aber gibt es denn wirklich die Interessen der Seniorinnen und Senioren? Das würde ja die Homogenität einer handlungsfähigen Gruppe unterstellen – daran habe ich Zweifel und daran muss man wohl auch zweifeln.

Wenn man aber über die Potenziale älterer Menschen nachdenkt, dann geht es gar nicht unbedingt um die gemeinsamen Interessen einer bestimmten, gut definierbaren Gruppe, sondern es geht um die Kräfte und Fähigkeiten einer insofern besonderen Gruppe, als sie aus ganz formalen Gründen – das Erreichen des so genannten Rentenalters – aus dem Leistungsverwertungsprozess („Arbeitsmarkt“) ausgeschieden wurde. Alles andere mit ihnen - Leistungsfähigkeit, Kompetenz, Erfahrung - ist zunächst einmal gleich geblieben und keineswegs gleichsam über Nacht wertlos geworden.

Wieso sind Seniorinnen und Senioren dann nicht eine gesellschaftliche Gruppe, die an Problemlösungen - wo und welcher Art auch immer - mitarbeitet? Sie haben Bildung, Kompetenzen, Erfahrungen, sind intelligent und – haben Zeit.

Die Schlussfolgerung: die Seniorinnen und Senioren können, sollen und müssen daran mitarbeiten – sie werden wirklich gebraucht.

Darüber soll im folgenden die Rede sein, und es setzt sich auch einiges fort, das in den Leitsätzen steht, über die vor mir Herr Dr. Uwe Kleinemas vom Psychologischen Institut der Universität Bonn, auf der Basis des 5. Altenberichts der Bundesregierung einiges entwickelt hat.

1. Lebenserwartung

Bei meinem ersten Punkt stelle ich mir nochmals die Frage, warum wir dies alles eigentlich machen? Da kommen überall immer wieder gut bezahlte Kräfte von Verwaltungen und Organisationen mit Seniorinnen und Senioren und ihren Vertretern zusammen und machen sich Gedanken darüber, wie so genannte „Potenziale des Alters“ mobilisiert oder genutzt werden können.

Warum denn dieses ständige Insistieren auf einem aktiven Leben im Alter? Warum kann man die älteren Menschen nicht in Ruhe und in ihrem „wohlverdienten“ Ruhestand lassen? Genügt es denn nicht, für sie die traditionellen Angebote zu machen, ihnen das Leben zu erleichtern und ihnen zu erlauben, dass sie sich langsam und endgültig zurücklehnen?

Sicher, wir haben nicht nur eine immer größere Zahl von älteren Menschen in unserer Gesellschaft, sondern auch eine schnell und rasch steigende Lebenserwartung.

Immer mehr Menschen werden (im übrigen nicht nur bei uns) älter; und bei einem durchschnittlichen Renteneintrittsalter von derzeit 63,5 Jahren sollten sich alle, die ungefähr in dem Alter sind, ausrechnen, dass Männer und Frauen (etwas unterschiedlich) nach ihrem Ausscheiden aus dem Berufsleben noch ungefähr 20 bis 24 Jahre im Durchschnitt zu leben haben.

Dabei ist nicht unwichtig, dass wir es in unserer Gesellschaft mit einem ausgeprägten Wertmuster zu tun haben: es bewertet die Erreichung des „Rentenalters“, also die Erreichung eines Zustands der Alimentation ohne Zwang zum Arbeiten, als den absolut anzustrebenden, lang ersehnten Zustand einer angeblichen „Ruhe“ - mit der Folge, dass jede/r, der sich nicht gehörig darauf freut, für etwas merkwürdig gehalten wird.

2. Kritisches Lebensereignis – „Entberuflichung“ und Verluste

Für viele Menschen bedeutet das Ausscheiden aus der Arbeit in der Tat keine Verpflichtungen mehr, nur Ruhestand und disponible Zeit sozusagen ohne Ende. Aber ist diese Perspektive wirklich nur anstrebenswert?

Es werden in der zumindest unreflektierten, wohl nicht selten aber auch geplanten und inszenierten Euphorie über den bevorstehenden oder endlich eingetretenen Ruhestand eine Reihe von Nachteilen und Folgeerscheinungen übersehen oder verschwiegen. Sie bringen für eine wachsende Zahl von Rentnerinnen und Rentnern mehr oder weniger gravierende und belastende Probleme mit sich, aber sie treten in einer individualisierten Form als Unzulänglichkeit einer einzelnen Person auf: so sind sie nicht als das erkennbar was sie sind, nämlich Reaktionen auf ein „kritisches Lebensereignis“, negative Folgeerscheinungen einer bestimmten gesellschaftlichen Regelung der „Entberuflichung“. Hierzu gehört eine Reihe von nicht einfach zu verkraftenden Verlusten in der sozialen und sozialpsychischen Existenz des Einzelnen, insbesondere:

- Verlust an Vollwertigkeit und Wertschätzung
- Verlust an Identität und Selbstwert
- Verlust an Integration und sozialen Kontakten
- Verlust an Strukturierung und Organisation des Alltags
- Verlust von Sinn

3. Schwierigkeiten daraus

Viele Schwierigkeiten, die ältere Menschen bei und nach der Verrentung haben bzw. bekommen, nehmen von diesen Verlusten mit langfristigen Wirkungen ihren Ausgang. Aber, wie bereits angedeutet, werden sie eher mit individuell entstandenen Defiziten der Person und mit der Wirkung „des Alters“ identifiziert als mit der ähnlich sozialen und ökonomischen Situation vieler Einzelner. Sie sind in zahllosen Interviews und Fallberichten nachgewiesen, werden aber nicht wirklich ernst genommen: das Wohlergehen der Menschen nach ihrer „Entberuflichung“ gilt als ihre Privatsache, ja gerade als die Realisierung der endlich erhaltenen Freiheit.¹

Denn man muss bei heutigem Wissen davon ausgehen, dass zahlreiche Verluste an subjektiver Lebensqualität mit den genannten Verlusten und Biografiebrüchen direkt oder indirekt in Verbindung stehen:

- persönliche Abweichungen mit sozialem Aufmerksamkeitswert
- Auftreten von Depressionen
- physische und psychische Störungen und Krankheiten
- Körperliche und geistige Leistungsabfälle
- Schwierigkeiten in Beziehungen und Familien
- Krankheiten und psychosomatische Reaktionen mit Krankheitswert

Die Folgerung aus diesen Zusammenhängen besteht darin: Seniorinnen und Senioren brauchen, wenn sie dies wollen, und wenn sie nicht anderweitig, etwa in ihren Familien, wichtige Funktionen erfüllen, sinnvolle und sozial geschätzte Betätigungsmöglichkeiten. Es stellt sich die Frage – und dies ist eine ganz neue Orientierung, was die „Versorgung“ älterer Menschen betrifft – wo neben einigen anderen Maßnahmen diese Tätigkeitsfelder liegen können.

4. Vier Gründe, die für Aktivsein im Alter sprechen

Man kann also, sicher etwas grob und vereinfacht, zumindest vier triftige Gründe nennen, die für produktive Aktivitäten der Seniorinnen und Senioren sprechen und sich fragen, wie in der Realität von verrenteten bzw. älteren Menschen so etwas erreichbar wird.

Erstens: Die Veränderungen in der Lebenserwartung.

Nach dem Entfall der Berufs- bzw. Erwerbstätigkeit ist der mentale und körperliche Zustand der älteren Menschen, die mit 63 oder 65 Jahren verrentet werden, gegenüber früher so positiv verändert, dass man eine Burnout-Theorie für das Alter und eine darauf basierende Altenpolitik nicht mehr guten Gewissens vertreten kann. Was sollen denn die vielen mobilen, geistig und körperlich fitten Menschen die ganze lange Zeit machen? Aber 20 bis 25 Jahre nach Verrentung? Etwas provozierend: kann man diese ganze lange Zeit nur Freizeit haben und verreisen und sich fortbilden, und wofür fortbilden?

¹ Es ist für die Überlegungen zur Aktivierung von entscheidender Wichtigkeit, dass hier ein kulturell sehr altes und sehr tief verankertes Grundmuster der Einstellung zu Leben und Arbeiten zu Tage tritt. Man ist beim Arbeiten außer sich und außer der Arbeit bei sich – man ist in der Arbeit unfrei und außerhalb der Arbeit frei. Letztlich stehen diese kulturellen Muster mit den religiös motivierten Diesseits-Jenseits-Vorstellungen in Verbindung. Bei den weltlichen Oberschichten galt (körperliche) Arbeit bis noch in die Neuzeit als unfein und nicht schicklich. Erst mit der kapitalistischen Industrialisierung wurde ein Arbeitsethos eingeführt – die „Erwerbsarbeit“ – in der spezielle „Tugenden“ wie Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Fleiß durchgesetzt wurden. Doch die Einstellung, dass Arbeit lästige, möglichst zu verkürzende Pflicht ist („Im Schweiß deines Angesichts sollst Du...“), wurde nicht zuletzt unter dem Etikett der kapitalistischen „Ausbeutung“ reproduziert. Also kann der Zustand der Verrentung, wiewohl wegen körperlicher Gebrechen zuweilen mühsam, gleichsam wie ein „diesseitiges Jenseits“ verklärt werden. Und das wiederum wirkt sich, dies kann hier nicht näher vertieft werden, auch auf die Bereitschaft zu nachhaltiger Tätigkeit im Alter aus: man hat doch sein Lebensarbeitspensum sozusagen schon erbracht.

Zweiter Punkt.

Es gibt noch immer die Rollenzuschreibungen für Seniorinnen und Senioren, in denen Rückzugsphänomene, Schwächen und ruheorientierte Verhaltensmuster „erwartet“ werden. Ruhebedürftigkeit, Schonungsbedarf und Hilfsbedürftigkeit sind solche Rollen. Sie sollen ältere Menschen angeblich charakterisieren, werden angesehen als von ihnen persönlich individuell gewollt oder als eine biosoziale Gegebenheit „des Alters“ genommen. Der Wirklichkeit näher kommt man, wenn man ein solches Verhaltenssyndrom als eine von der Gesellschaft geleistete Inszenierung ansieht:

man inszeniert jemand, indem man ihm Rollen vorgibt, aus denen er sich nicht beliebig befreien kann, denen er, ob er will oder nicht, folgen muss. Bedenkt man das, so treten erhebliche Zweifel an der Freiwilligkeit eines solchen Rückzuges auf. Rückzug und das Inaktiv werden ist gesellschaftlich induziert. Wenn solche Einstellungen gesellschaftlich entstanden sind, dann sind sie auch gesellschaftlich veränderbar: Heute werden sie als „Altersdiskriminierung“ diskutierbar.

Dritter Punkt.

Die Hinweise darauf sind deutlich, dass es im Alter einen Zusammenhang zwischen mentalem und körperlichen Wohlbefinden und einem aktiven Lebensstil gibt. Sinnvolles Tätigsein im Alter führt bis ins fortgeschrittene Alter, das haben mittlerweile medizinische Untersuchungen herausgefunden, zu besserer Gesundheit und verlängert die Lebenszeit um ca. durchschnittlich sieben Jahre. Die individuelle Lebensqualität von aktiven und sozial eingebundenen Seniorinnen und Senioren ist höher als bei anderen, ebenso die individuelle Lebenszufriedenheit. Es ist ein guter Grund, sinnvoll auch durchaus bis ins fortgeschrittene Alter tätig zu sein. Und sinnvolles Tätigsein im Alter ist immer in einem auf das soziale Gemeinwesen bezogenem Sinn gemeint, soll sozial geschätzt und nützlich sein.

Vierter Punkt.

Höhere Lebensqualität, bessere körperliche und mentale Verfassung reduzieren natürlich nicht nur die individuellen Kosten der Gesundheit, sondern auch die Gesamtausgaben für Gesundheitsfürsorge. Würde man all die Leute aus den Arztpraxen herausholen, die nur deswegen hingehen, um Kommunikation und Aufmerksamkeit zu erhalten und sich ernst genommen zu fühlen, reduzierten sich die Kosten für Behandlung, Rehabilitation, Pflege und Betreuung, so dass auch ein gesellschaftlicher Gewinn aus einem aktiven Lebensstil von Seniorinnen und Senioren entstehen kann.

5. Altersgerechte Stadt und aktivierende Stadt.²

Wir haben festgestellt, dass Ruhe, Versorgt werden und Hilfsbedürftigkeit nicht mehr die Paradigmata sind, nach denen ältere Menschen vorwiegend gesehen werden sollten. Was bedeutet das aber genauer, wenn wir Alter als Chance betrachten?

Es gibt Probleme zu lösen - so habe ich eingangs angedeutet - an denen ältere Menschen mitarbeiten könnten und sollten und vielleicht müssen. Vor allem bei unserer Tradition des versorgenden Sozialstaats und einer sich daran anlehnenen Alterskultur brauchen wir eine Umorientierung. Nicht nur Institutionen und Einrichtungen, die einseitig konsumtive, betreuende Angebote für Seniorinnen und Senioren machen. Es geht hier nicht nur um

² Es wird unterstellt, dass es sich bei Engagement und Aktivitäten von Seniorinnen und Senioren in der Stadt, um die Stadt, in Kommunen, usw., immer und weiterhin um etwas Freiwilliges nach Art und Ausmaß handeln muss. Niemand soll gezwungen werden. Was wir auch an Aktivität empfehlen, entfalten oder für notwendig finden, es ist wichtig, dass für Menschen die aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind, keine neuen Zwänge aufgebaut werden, sondern dass es auf Freiwilligkeit basiert.

Versorgung, sondern um Möglichkeiten aktiv für sich und andere zu werden. Die beste Einbindung und die deutlichste Wertschätzung gewinnen die aus dem Berufsleben Ausgeschiedenen, wenn sie an Problemdiagnosen und Problemlösungen auf allen möglichen Gebieten beteiligt werden und dabei ihre spezifischen Vorteile einbringen können: Zeit, Erfahrung, Kompetenzen.

Und hier nun kommt als Aktionsraum für Seniorinnen und Senioren die Stadt, der Stadtteil, das Wohngebiet ins Blickfeld:

Wie sieht eigentlich eine altenfreundliche Kommune, eine altenfreundliche Stadt und vielleicht eine altenfreundliche Politik aus, wenn sich dieses Prädikat nicht auf die passive Versorgung beschränken soll?³

- a. Die altersgerechte oder altenfreundliche Stadt ist zunächst ein ermöglichendes Gemeinwesen: das sind reale Gegebenheiten in Stadtteilen, in Quartieren, in Wohngebieten, eine Stadtkultur, die den Seniorinnen und Senioren Aktivitäten ermöglicht und sie zum Tätigwerden auffordert.
- b. Nach dem bisher Gesagten ist eine altengerechte Stadt zweitens eine Stadt, die Aktivitäten ermöglicht, mit denen die Verluste, die das Altern begleiten, ausgeglichen oder gemildert werden können. „Das was ich gestern war, bin ich nicht mehr“. Wie schafft man es, diese neuen Freiheiten mit anderen, „neuen“ sinnvollen Tätigkeiten auszufüllen?
- c. Eine altersgerechte Stadt wird den Älteren die Möglichkeit geben, städtische Gegebenheiten und soziale Vorurteile zu überprüfen, die ältere Menschen in Passivität zwingen oder in irgendeiner Weise benachteiligen. Altersgerechte Kommune wird konkrete Gelegenheiten schaffen und fördern, in denen ältere Menschen sinnvoll und verantwortlich tätig sein können.
- d. Eine altersgerechte, altenfreundliche Kommune wird so ältere Menschen - ihre Ideen, Kreativität und Tatkraft - als eine Ressource, einen Gewinn für einen Stadtteil, ein Quartier oder ein Wohngebiet und sie nicht bloß als eine Belastung ansehen.
- e. Schließlich: Eine altengerechte oder altenfreundliche Kommune sollte alle jene Aktivitäten vermeiden, bei denen den älteren Menschen Verantwortung und Initiative abgenommen wird, die sie genau so gut selbst ohne große zusätzliche Belastung erledigen können.

6. Neue Werte in der lokalen Politik - Potenziale werden gebraucht

Es muss sich etwas ändern zwischen den zwei Seiten, den älteren Bürgerinnen und Bürgern und zum anderen der Seite der Städte und der Politiker. Dazu sollten beide Seiten ihr Selbstverständnis überprüfen.

Die traditionelle Haltung von Bürgerinnen und Bürgern gegenüber ihrer Stadt ist häufig eine bequeme, geprägt durch staatliche Tradition, Parteienmacht und komplementären Ohnmachtsgefühlen. So haben wir es häufig zu tun mit der Haltung des „Anspruchsberechtigten“ oder mit Absicherungserwartungen, in der Bürgerinnen und Bürger die Allzuständigkeit der Gemeinde einfordern.

³ Auf Tagungen oder in vielen Reden über Altenpolitik kommen nach einem kurzen Streifen des Themas Potenziale des Alters, die Bürgermeister und die Chefs ganz schnell auf das vertraute Terrain von Altersdemenz und Pflegebedürftigkeit, Immobilität und Gebrechlichkeit zu sprechen.

Sie können sich wieder ausschließlich um die Zahl der Pflegeplätze sorgen und wie man die Hochaltrigen unterbringt usw. Nicht dass dies alles unwichtig wäre; aber jene Menschen, die zwischen 63 und 84 Jahren nicht gebrechlich, sondern aktiv, mobil, intelligent und leistungsfähig sind, die fallen aus dieser Politik heraus.

Auf der anderen Seite wecken aktiv nach Forderung stellende Bürgerinnen und Bürger nach Mitwirkung in der kommunalen Realität, nicht unbedingt die Begeisterung kommunaler Politiker und Verwaltungsspitzen.⁴

Man muss davon ausgehen, dass eine Stadt oder eine Kommune nicht allein alles selbst tun und erstellen kann, was Lebensqualität sichert. Neue Ressourcen und Potenziale werden bei weiter zu erwartender Knappheit der Mittel, trotz eines so genannten „Aufschwungs“ für den Altensektor zu erschließen sein. Mittel müssen nicht nur finanzielle Mittel sein, sondern es gibt auch viele andere Möglichkeiten.

Auch wären Kommunen damit überfordert, wenn sie mit jeder Initiative ihre Projektgruppe von Seniorinnen und Senioren mit einem Ansinnen auf Finanzierung konfrontiert wären. Es ist deshalb darauf zu achten, dass bei den einschlägigen Planungsdiskussionen die Städte nicht in die typische Rolle des Finanziers gedrängt werden.

Die häufig erste Frage von Initiativen und Gemeinwesenprojekten ist, ob die Kommune mitzahlt. Nicht selten wird gerade dadurch die Zurückhaltung und der Widerstand der politischen Vertreter geweckt, weil man verständlicherweise Angst vor Präzedenzfällen hat. Es geht generell nicht darum, dass Städte entsprechend den Forderungen bestimmter Gruppen ihren Etat umschichten, auch nicht modischer Weise für die Alten.

7. Welche Organisationsform?

Es geht um eine Neubestimmung der kommunalen Tätigkeit unter den Bedingungen umfassender neuer Anforderungen, die nicht nur mit Geld zu lösen sind, sondern durch den demografischen Wandel und durch die Mitwirkung derjenigen, die es angeht. Eine Möglichkeit Mitwirkung zu installieren, ist bisher die Bildung von Seniorenbeiräten gewesen. Bei allen Verdiensten von solchen meist aus bisher schon kommunalpolitisch tätig bestehenden Gremien sollte man sehen, dass eine solche Konstruktion für die notwendige Verbreitung des Seniorenengagements nicht besonders günstig ist.

So ist man in manchen Städten mittlerweile der Meinung, keinen Seniorenbeirat im klassischen Sinn einzurichten, weil man dadurch die Altenprobleme eigentlich nur einer Gruppe zuschiebt, die sie vorwiegend mit den konventionellen Mitteln von bisher lösen will. Dass ein Seniorenbeirat die Probleme von Seniorinnen und Senioren mit neuen Ideen, neuen Verfahren und neuen Personen angeht, ist nicht automatisch zu erwarten, wenn er sich hauptsächlich aus bisherigen Gremienmitgliedern, Funktionsträgern und Parteiaktiven zusammensetzt.

8. Veränderte Einstellungen gegenüber Partizipation von Älteren

Wenn die Potenziale älterer Menschen in und für Städte fruchtbar gemacht werden sollen, so werden veränderte Einstellungen gegenüber realer Partizipation und Selbstorganisation von Seniorinnen und Senioren eine Aufgabe der Verwaltungen und Städte sein. Die politische und administrative Führung einer Stadt, Bürgermeister, Rat, Dezernenten usw., müssen in einer wie auch immer gearteten und ausgestalteten Beteiligung und Partizipation der Bürgerinnen und Bürger einen Gewinn sehen.

⁴ Hier sei betont „in der kommunalen politischen Realität“, weil es kaum einen Funktionsträger mehr gibt, der nicht Bürgermitwirkung in seinen Reden gut finden würde. Die Diskrepanz ist durch unterschiedliche Effektivitätshorizonte und -zwänge verursacht. Tatsächliche Partizipation ist mühsam, zeitaufwändig und nicht selten ökonomisch unerwünscht.

Die Realität ist noch anders: So mancher Bürgermeister ist anfangs geradezu begeistert von einem Projekt, doch wenn es dann gestartet wird und sich herausstellt, dass damit auch Aufwand seitens der Kommune verbunden ist, kühlt sich die Unterstützung merklich ab. Eine der zentralen Bedingungen, die für eine sinnvolle Kooperation zwischen Senioreninitiativen, -projekten oder selbst organisierten Gruppen und der Kommune erforderlich sind, ist die Herstellung einer „Schnittstelle“, d.h., die Einrichtung bzw. Besetzung von kompetenten Kooperations- und Unterstützungsstellen bei der Kommune.

Bei all diesen Projekten und Initiativen, bei denen Seniorinnen und Senioren zur Problemlösung beitragen können und sollten, ist es eine falsche Erwartung, wenn man meint, dass die entsprechenden neuen Leistungen auf Seiten der Kommune von Bürgermeistern, Pressesprechern oder Verwaltungssachbearbeitern schnell mal nebenamtlich ausgeführt werden könnten. Bei der Betreuung von realen Projekten durch Seniorinnen und Senioren mussten wir die Erfahrung machen, dass die Scharnierstelle zwischen Verwaltung und Initiativen eine wichtige und professionell zu besetzende Rolle

ist. Es ist völlig falsch, einen Halbtagsarbeiter oder Halbtagsangestellten aus einem Amt dafür anzustellen, das ist schon die halbe Garantie für den Misserfolg. Es muss kompetentes und mit Kompetenz ausgestattetes Personal sein, das wirklich einen neuen Wirkungsbereich konstituiert.

Führungskräfte und solche Kooperationsbeauftragte der Kommune müssen die dabei anfallende Arbeit oder die Abstellung von Verwaltungsmitarbeitern nicht als lästige Pflicht und die Begleitung von Projekten nicht als eigentlich überflüssigen Aufwand ansehen, der von eigenem Personal eigentlich besser erledigt werden könnte.

Die lokale Politik muss dies als einen wertvollen Beitrag der älteren Bürgerinnen und Bürger zu den Lebensbedingungen in ihrem Gemeinwesen, ihrem Stadtteil sehen, nicht als demografische Spielerei oder Beschäftigungstherapie für sonst sich langweilende Seniorinnen und Senioren oder unzufriedene Bürgerinnen und Bürger.

9. Neue Rollenanforderungen an Verwaltungen

Verwaltungen müssen in bester Weise so etwas wie eine neue und ungewohnte Professionalität aufbringen. Es ist einsichtig, dass Änderungen oder Anforderungen und die neuen Aktivitäten die Verwaltungsstrukturen und das entsprechende Personal heute zuweilen noch mehr oder weniger überfordert.

Stellen Sie sich eine Altenplanerin in einer Großstadt vor, die selbst in 35-jähriger Tätigkeit in ihrem Büro ergraut ist und nun ohne besondere Schulung auf Versammlungen und bei Projekten von Seniorinnen und Senioren auftreten soll und dort sind diese häufig eine dynamische Gruppe.

Die neuen Rollenanforderungen an die Politik und die Verwaltungen der Städte und Gemeinden bestehen in Initiierung, der Beratung, der Begleitung, Koordination, der Konfliktlösung von Initiativen, Senioreninitiativen, von Gruppierungen und Projekten, die sich gemeinsame Arbeit am Gemeinwesen, an kleinen oder größeren Projekten vorgenommen haben.

Hier ist einiges an neuer Orientierung in Verwaltungen und Kompetenzen noch zu schaffen, und das bis hinein in die Sachbearbeitung von bisher eher bürokratisch und nicht kommunikativ gesehenen Problemen. Die kommunalen Politiker handeln immer noch weitgehend in einem System, das sich über Wahlen pauschal Legitimierung verschafft, in dem aber Bürgermitwirkung und Bürgerselbstorganisation eigentlich nicht so recht vorgesehen ist.

10. Probleme und Potenziale der Bürgerinnen und Bürger und der Seniorinnen und Senioren

Die Bürgerinnen und Bürger erleben, dass ihre Interessen, Probleme, ihre Nöte, aber auch ihr Wissen, in den traditionellen Strukturen von lokaler Politik und Verwaltung häufig nur unzureichend oder mit Zurückhaltung und Skepsis aufgenommen werden.

In vielen Gemeinden gab und gibt es zwar eine gewisse, aber durchaus nicht ausreichende Zahl von Aktiven, Engagierten und kommunikationsfähigen Bürgerinnen und Bürgern. Eine beschränkte Zahl von sehr aktiven steht einer großen Zahl von sehr inaktiven Seniorinnen, Senioren, Bürgerinnen und Bürgern gegenüber. Die kommunale

Politik könnte hier vieles bewirken, wenn sie Senioreninitiativen auch außerhalb der Seniorenbeiräte begrüßt und unterstützt. Wenn man aktive Seniorinnen und Senioren (und natürlich auch andere Bürgerinnen und Bürger) als Gewinn für eine Stadt sieht – und nicht nur als etwas das sich gefährlicherweise der Kontrolle entziehen will – dann müsste die lokale Politik versuchen, der deaktivierenden Haltung (oder Erfahrung) eines „Das hat ja doch alles keinen Sinn“ – „Die hören ja doch nicht auf uns“ entgegen zu wirken. Motivierende Erfahrung könnte so manch zögernden Bürger zu Aktivität bringen.

Bürgerorganisation kann auf Dauer nicht im Wohnzimmer stattfinden. Das braucht Kommunikationsmittel, Kompetenzen, Ressourcen.

Häufig fehlt es schon einfach an Räumen, in denen man sich zusammen treffen und beraten kann. Mit minimalen Mitteln können Städte und Kommunen hier ein Maximum an „manpower“ verfügbar machen, wenn sie solche Aktivität positiv bewerten.

Was noch fehlt ist eine *Kultur der Beteiligung*, in der Seniorinnen und Senioren wiederum Arbeiten für die Lebens- und Wohnbedingungen im Gemeinwesen nicht als Zumutung auffassen.

11. Lernprozesse bei engagierten Senioren – Gewinne für die Stadt

Dies konstituiert in den Städten und Stadtteilen, Wohngebieten ein Aktivitätsbereich neuer Art, der ist nicht marktwirtschaftlich organisiert, er ist aber auch nicht staatlich gesteuert.

Ein solcher Sektor ist in den Kommunen keineswegs ein Luxus, sondern gerade angesichts der Organisationsbestrebungen in unseren neoliberalistischen Strukturen eine Notwendigkeit. Wir brauchen solche Einrichtungen und hier wären die Seniorenbeiräte durchaus aufgerufen nicht unter sich zu bleiben, sondern mehr zur Verfügung zu stehen. Sich von der Kommune unabhängig zu machen und sich mehr als eine Organisation zu verstehen, die Seniorinnen und Senioren Möglichkeiten geben.

Es gibt eine Reihe von Erfahrungen die darauf hinweisen, dass man bestimmte Kompetenzen braucht, um solche Initiativen, um Selbstorganisation und Mitwirkung machen zu können.

- Dazu gehört, wie man sich zusammenschließt und organisiert, wie man in Gruppen kommuniziert, so dass nach kurzer Zeit nicht die Leute wegbleiben, sondern Ergebnisse zu sehen sind. Lieber kleinere Ziele setzen und diese dann erfolgreich verfolgen.
- Seniorinnen und Senioren müssen lernen, wie man Konflikte und Interessen, Gegensätze untereinander zulässt, konstruktiv damit umgeht und produktiv so weiter führt, dass man weiter zusammen arbeiten kann.
- Man muss lernen, wie man mit Institutionen und Verantwortungsträgern umgeht, wie man Versammlungen plant und Gesprächsrunden erfolgreich gestaltet.

- Um Projekte zu organisieren braucht man schließlich bei aller Lebenserfahrung trotzdem Beratung; dafür können Institutionen wie die Kommune, aber auch andere da sein. Wie kooperiert man mit Kommune und Privatwirtschaft, so dass die eigenen Ziele für Seniorinnen und Senioren oder für das eigene Projekt wenigstens teilweise erreicht werden?
- Und schließlich: Wie verfolgt man Projekte auch noch gegen Widerstände und bringt sie zu einem Abschluss?

12. Wo beginnen?

Wie inszeniert und gestaltet man die Projektarbeit?

Im ersten Referat wurde bei den Leitsätzen aus dem Altenbericht gefragt, ob man mit der größten Dringlichkeit anfangen soll. Die Antwort ist klar:

Nein, denn dort ist es am schwierigsten. Dass sich etwas als dringlich herausstellt liegt meist nicht daran, dass es sich so schnell zum Problem entwickelt hat; sondern dass ein Problem mehr oder weniger lang liegen gelassen worden ist, weil es politisch niemand gab, der an Lösungen interessiert war oder weil widersprüchliche Interessenkonstellationen Handeln verhindert haben. Solche Maßnahmen sind häufig die schwierigsten.

Es ist also allen Initiativen und Projektgruppen zu raten: fangen Sie nicht dort an, wo die Schwierigkeiten und Widerstände groß sind, sondern dort, wo die Erfolge am wahrscheinlichsten sind, auch wenn sie vielleicht nicht so spektakulär sind.

Es ist immer noch schwierig genug, Miniprojekte durch- und umzusetzen.

